

Hohenstein-Ernstthal-Grünsthaler Tageblatt

Erstausgabe
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1 50
durch die Post Mk. 1,92 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Gernsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Weinsdorf, Rußdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach, Kirchberg, Pleißa, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Rufschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 62.

Freitag, den 15. März 1907.

57. Jahrgang.

Kaufmännische und gewerbliche Fach- und Fortbildungsschule in Hohenstein-Ernstthal.

Die diesjährigen Jahresprüfungen finden
Sonntag, den 17. März

in der Zeit von 11—1 Uhr statt. Von 11 Uhr an sind sämtliche mechanischen und Handstühle im Betriebe (praktische Prüfung der Schüler im Werkstübchen). Die im Laufe des Schuljahres gefertigten theoretischen und praktischen Schülerarbeiten sind am Prüfungstage, sowie an dem darauffolgenden Montage im Parterre des Schulgebäudes Nr. 2 zu jedermanns Ansicht ausgestellt. Wir beehren uns, zu dem Besuche ergebenst einzuladen.

Das Schuldirektorium.

Donnerstag, den 16. März 1907 bleibt das hiesige Gemeindeamt wegen Reinigung der Geschäftsräume für den Verkehr geschlossen. Das Standesamt ist an diesem Tage von 8 bis 9 Uhr vormittags geöffnet. Nur dringliche, keinen Aufschub erleidende Sachen finden in dieser Zeit Erledigung.
Gersdorf, 12. März 1907.

Der Gemeindevorstand
Söhlzer.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. März.

17. Sitzung.

Das Haus nimmt das **Ferner Zusatzabkommen** vom 19. September 1906 zu dem internationalen Übereinkommen über den **Eisenbahnverkehr** vom 14. Oktober 1896 in 1. und 2. Lesung an.

Der Präsident des Reichstages **Reichard** führt dazu aus, daß nach dem Beitritt Rumaniens sich das Übereinkommen jetzt fast auf das ganze europäische Festland erstreckt.

Wenn wird die Besprechung der Interpellation über die **Reform der Strafprozedurordnung** fortgesetzt.

Abg. Müller-Meinungen (freil. Volksp.) glaubt, daß die größten Schwierigkeiten für eine gründliche Reform im Kantonsverhältnis (beim preussischen Finanzminister) liegen. Die Schwurgerichte dürften nicht etwa „Groß-Schöffengerichte“ werden. Ihre Zuständigkeit sei auf die Verbrechen auszudehnen, wie dies in Bayern längst der Fall sei. Interessant war mir, fährt Redner fort, die Bemerkung des Staatssekretärs über die Erhebungen der preussischen Oberlandesgerichte bezüglich des tauglichen Schöffensmaterials. Noch interessanter würde aber sein, zu erfahren, nach welchen Grundsätzen bei den Oberlandesgerichten die Schöffen-Auswahl erfolgt ist, ferner ob die Erhebungen in anderen Staaten ebenso ungünstig ausgefallen sind? Sogar in Sachsen ist man ja den Bayern Bayerns gefolgt, indem man auch Arbeiter und andere kleine Leute zu Schöffen nimmt. Weshalb geschieht das nicht auch in Preußen? Wie steht es ferner mit den Diäten für die Schöffen? Weiter plädiert Redner für Abschaffung des unmoralischen Zeugniszwanges für Redakteure, für Reform des Eidesvertragens, Abschaffung des Beweisschwunders gegenüber Dilettanten bei der Verurteilung, für Reform der Untergerichtsbarkeit; auch die Immunitätsfrage für die Abgeordneten müßte bei dieser Gelegenheit berücksichtigt werden. Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß ein einzelner Abgeordneter zu wiederholentlich das Parlament bloßstelle, wie das in letzter Zeit geschehen sei. (Beifall.) Auch seine Freunde wollten, daß die Verurteilung bei den Strafkammern bleibe; aber unheilvoll würde jedenfalls die Verurteilung an „dasselbe“ Gericht sein. Endlich bringt Redner noch auf eine einheitliche Regelung des Strafmaßes in absehbarer Zeit. (Beifall.)

Staatssekretär Nieberding: Der Herr Redner hat verschiedene Fragen gestellt, deren Wichtigkeit ich zwar anerkenne, die aber nicht im Rahmen der Interpellation liegen. Meine Aufgabe war nur, dem Hause die Sicherheit zu verschaffen, daß die Regierung dabei sind, die Strafprozedurordnung zu reformieren. Ich beschränke mich daher auch jetzt darauf, nur einige im Rahmen der Interpellation liegende Fragen des Redners zu beantworten. Seine Besorgnis wegen der Schwurgerichte ist unbegründet. Die preussische Regierung beabsichtigt, die Schwurgerichte in genau derselben Verfassung wie bisher fortzubehalten zu lassen. Die Frage der Diäten für Schöffen und Geschworenen wird im Rahmen der neuen Prozedurordnung zur Entscheidung kommen können. Inwiefern aber etwa der Wunsch dahingehend, daß noch unter der Geltung der bisherigen Strafprozedurordnung solche Entschädigungen an Geschworene und Schöffen gewährt werden, so kann ich nur sagen, daß der Bundesrat hierüber noch keinen Beschluß gefaßt hat.

Abg. Jansen (Reichsp.) weist die gestrigen Stadtbörsen-Außerungen über die preussische Justiz zurück und erklärt sich dann namens seiner Partei einverstanden ferner mit den „erweiterten Schöffengerichten“, also den mit Schöffen besetzten Strafkammern. Auf jeden Fall an die Oberlandesgerichte, und zwar, insofern es sich um politische Gründe handelt, auch schon aus politischen Gründen. Daß zur Rechtsprechung die Laien habe den doppeltten Vorteil: die Richter werden entlastet, das Vertrauen zur Rechtsprechung erhöht. Wenn der Staatssekretär behauptet, daß die Schöffen nicht Material genug an Schöffen vorhanden sei, so könne sich das doch höchstens

auf die östlichen, nicht auf die westlichen Landesteile beziehen; denn in diesen sei sicher viel tauglicheres Material da. Lebhaftest Genugthuung äußert Redner noch über den unveränderten Fortbestand der Schwurgerichte.

Abg. v. Mischkowski (Bölk.) erklärt, das Vertrauen, das der Vorkreditor in die Justiz gesetzt habe, nicht teilen zu können; namentlich auch wegen der Härte der Strafen gegen politische Angeklagte, speziell politische Redakteure. Die Richter sollten sich nicht politisch betätigen dürfen, denn es müßte alles vermieden werden, was auch nur einen Schatten auf die Integrität des Richters werfen könnte. Redner nimmt zur Begründung dieser Forderung namentlich Bezug auf Strafprozedur u. a. auch des Schulrechts.

Abg. Roth (Bölk.) begrüßt es, daß jetzt auch in den Strafkammern das Laien-Element mitreden soll, und wendet sich dann gegen das Massen-Verdiktungs-Unwesen. Weiter hält er unter Umständen eine Beschränkung der Öffentlichkeit für angebracht, besonders im Interesse von Geschäftsleuten. Man solle die Öffentlichkeit ausschließen dürfen, wenn Kläger und Beklagte damit einverstanden sind.

Abg. Dove (fr. Vgl.): Die Gründe für die ungeheure Verdrößerung der Materie liegen in dem Geschäftstempo des Reichsjustizamts. Der Reichstag hat seine Pflicht nach praktischen, konkreten Vorschlägen, deshalb muß etwas geschehen, das diesen Drang befriedigt. Die konservativ-liberale Partei wollen wir erst beurteilen aus den Händen, die aus der Barriere hervorragen werden, je nachdem, mit welchem Geiste der Eltern die größte Reaktionskraft besteht. (Sehr gut!)

Abg. Werner (D. Reichsp.): Vom Reichsjustizamt wäre ein schnellerer Tempo erwünscht. Die Vollzeitaufnahme ist reformbedürftig, das beweist der Fall des Hauptmanns v. Schmidt, bei dessen Verhaftung allerdings die Presse sehr günstig ist. Die Heftigkeit des Eides muß mehr berücksichtigt und statt des Verweises der Nachen nach genauer Protokollierung eingeführt werden, dann werden auch die Weineidproben eingeschränkt. Wir hoffen, daß die Reformen recht bald in die Erscheinung treten werden.

Abg. Storz (D. Vgl.) befragt sich über die zu sehr aussehenden Gerichtslokale. Bei Privatanklagen werden die Kosten geradezu künstlich hoch gedrückt. Dagegen müßte etwas unternommen werden. Die Untersuchungsamt müßte beschränkt werden.

Darauf wird ein **Schlusssatz** gefaßt. Das Bureau bleibt bei Probe und Gegenprobe zweifelsfrei, deshalb muß ein **Gemeinschaftsprotokoll** stattfinden. Dieser ergibt, daß 121 Abgeordnete für und 133 Abgeordnete gegen den Beschluß sind. Die Debatte wird demzufolge fortgesetzt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (Soz.) mit schallender Heiterkeit und minutenlangem Lachen begrüßt, kritisiert nochmals die Erklärung des Staatssekretärs und polemisiert gegen den Abg. Dr. Jansen.

Abg. Dr. Hecker (fr. Vgl.): Nach dem jetzigen Wortlaut des Gerichtsverfassungsgesetzes können Arbeiter gleichfalls zum Geschworenen- und Schöffendienst hinzugezogen werden. Es wäre doch Aufgabe des Reichsjustizamtes und der Einzelfstaaten, schon jetzt dafür Sorge zu tragen, daß den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes genügt wird. Unter 5070 Geschworenen und Schöffen in Hamburg fanden sich nur 4 Arbeiter, von denen drei noch ausscheiden und nur ein Schornsteinfegergehilfe übrig bleibt. Die Arbeiterkraft übernimmt; wenn die Kosten, die dieses Amt verursacht und ist sogar höher, wenn ihr diese Funktion übertragen wird. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: In dem Gesetz wird die Heranziehung von Arbeitern nicht gefordert, sondern nur zugelassen, eine Zurücksetzung des Arbeiterstandes hinter andere Bevölkerungskreise ist nicht beabsichtigt. Die Frage der Vorbildung spricht auch in dieser Frage mit.

Abg. Dr. Hecker (fr. Vgl.): Ich habe Hamburg keinen Vorwurf gemacht, sondern im Gegenteil es als bahnbrechend hingestellt. Unter den Millionen von Arbeitern werden sich immer noch genügend Personen finden, die dieses Amt übernehmen. Es handelt sich nicht um eine Frage der Justizreform, sondern um die Anwendung der Gesetze.

Abg. Dr. Jansen (D. Reichsp.): Zu den Schöffengerichten werden Arbeiter schon vielfach hinzugezogen; wenn sie nicht zu den Schwurgerichten genommen werden, so

ist das kein Mißtrauensvotum sein. Hierfür liegt der Grund aber darin, daß keine Diäten, sondern nur Fahr- geldentschädigungen gegeben werden. Beschwerden sind in den Einzelfällen anzubringen.

Abg. Heine (Soz.): Gewiß, gezielte Gründe gegen die Heranziehung von Arbeitern bestehen nicht, wobei kommt es aber, daß in dem intelligenten Berlin so wenig Arbeiter genommen werden?

Abg. Dr. Hecker (fr. Vgl.): Ich frage positiv, wie es kommt, daß Bayern ein Restriktivgesetz hat, was nach Arbeiter herangezogen werden sollen, wenn eine bestimmte Bestimmung schon existiert hat.

Abg. Dr. Wagner (konl.): In Sachsen werden — 3. B. in Dresden — Arbeiter vielfach herangezogen. Für die sozialdemokratisch verheißenen Arbeiter, die nach dem Urteil des „Vorkreditor“ rühmlichen Leistungen gegenüber unteilnehmend sind, danken wir allerdings. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrzahl, Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Günther (fr. Vgl.) tritt diesen Ausführungen entgegen. Auch in Dresden würden auch in Sachsen höchst selten Arbeiter herangezogen.

Abg. Singer (Soz.): Ich kann schon verstehen, wenn die dem „Reichsjustizamt“ nachstehenden Arbeiter ihnen lieber sind, als zielbewusste Genossen. Die Interessen der Arbeiterklasse werden allein richtig von uns vertreten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wagner (konl.): Das Lob des Abg. Singer wollen wir nicht einheimen. Dann hätten wir unsere Pflicht verkannt. Wir werden auch in Zukunft objektiv Recht sprechen. Wir werden auch später genau unterscheiden zwischen dem treuerethischen Sinn der Arbeiter und ihren Verführern. Sie (zu d. Soz.) sind nicht die Vertreter der Arbeiter. Ich kann mir wenigstens Herrn Singer schlecht als solchen vorstellen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vgl.): Ich weiß nicht, wie Abg. Singer dazu kommt, mit einer die ganze Arbeiterklasse beleidigenden Behauptung aufzutreten und zu behaupten, daß nur die Sozialdemokratie die Vertreterin der Arbeiterklasse sei. Eine solche Zusammenwerfung von Sozialdemokratie und Arbeiterklasse weiß ich namens von 100000 deutschen Arbeitern zurück. (Lebh. Beifall.) Das ist eine Verleumdung der Arbeiterklasse. (Lebh. Beifall b. d. Mehrz., Lärm b. d. Soz.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich weiß nicht, wozu Herr Müller-Meinungen gehört, zur neuen Rechten oder zur neuen Linken. (Heiterkeit.) Die Rechte will die Justiz nur als politisches Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie benutzen.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe nicht von der neuen, sondern nur von der heutigen Mehrheit gesprochen.

Abg. Breth (konl.): Es fällt mir nicht ein, den Richterstand gegen Weibungen des Herrn Stadthagen in Schutz zu nehmen. Singer und Stadthagen als Arbeitervertreter! Die Mitte der sozialdemokratischen Abgeordneten zeigt alle möglichen Verweise, nur keine Arbeiter. Es sind Gemeinheitsbesitzer, Rechtsanwältin usw. und ein Privatier, das ist Herr Singer.

Präsident: Sie dürfen von dem Verur der Abgeordneten nicht sprechen.

Abg. Breth: Ich habe nicht gewünscht, daß Privatier auch ein Beruf ist. (Gr. Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wagner (konl.): Ich bin stolz, Arbeitervertreter zu sein, und ich werde die Interessen dieser Arbeiter, die früher sozialdemokratisch gewährt haben, wahren.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vgl.): Jeder, der nicht das sozialdemokratische Lob singt, ist nach ihrer (d. d. Soz.) Meinung ein Verräter.

Abg. Dr. Jansen (D. Reichsp.): Zur Steuer der Wahrheit muß ich feststellen, daß die Arbeiter in Sachsen sich als Geschworene und Schöffen sehr gut geeignet haben. Nach kurzer weiterer Debatte wird die Besprechung geschlossen und die Sitzung vertagt.

vor der Auffassung zu warnen, als könne man den Mittelstand durch Zugeständnisse auf dem Gebiete des Wahlrechts oder des Vereins- oder Versammlungswahlrechts befriedigen. Derartige Reformen verstehen sich von selbst, wenn sie das Wohl der Gesamtheit notwendig macht, und der Mittelstand fordert, daß durch solche politische Aktionen die Einleitung einer wirtschaftlichen Gesetzgebung nicht hinausgeschoben wird, die dem rechtschaffenen Mittelstande in Stadt und Land sein Bestehen ermöglicht. Die Sozialdemokratie kann nur dauernd niedergebunden werden, wenn Regierung und Ordnungsparteien den Mittelstand nicht abermals im Stich lassen. Eine nochmalige Enttäuschung der Mittelstandsmassen müßte Folgen zeitigen, an die der gute Patriot nicht gern denkt. Diese ernste Sachlage müssen die Regierenden bei allen ihren Handlungen sich jetzt vor Augen halten. Dem Mittelstande gegenüber hat die Regierung zu beweisen, daß sie ihn nicht vom Großkapitale und der Sozialdemokratie zugrunde richten lassen will. Hic Rhodus, hic salta! Ein bitteres Erwachen müßte folgen, wenn die Regierung hier etwas versäumt, weil sie Wunderdinge von der Partei konservativen und liberalen Geistes erwartet.

Die Sozialdemokratie, die ganz genau weiß, wenn sie ihre Niederlage zu verdrängen hat, beginnt die Kleinbürger aufs neue zu umschmeicheln, um sie wieder in das Lager des Mittelstandes zurückzuführen. Diesmal dürften aber diese Bemühungen nicht so erfolgreich sein wie früher. Denn wir haben das Vertrauen zunächst zu unserer sächsischen Regierung, daß sie alles tun wird, um die berechtigten Klagen des Mittelstandes zu beheben, und dann glauben wir auch nicht in der Annahme fehlerzugehen, daß die mittelstandsfreundlichen Parteien energisch auftreten werden, wenn man den Mittelstand wieder mit leeren Versprechungen hinzuhalten versuchte. Sollte aber trotzdem das Unvermeidliche eintreten und alle Hoffnungen sich als trügerisch erweisen, nun, dann würde die Mittelstandsvereinigung auch nicht einen Augenblick anstehen, die fähige entscheidende Opposition auf wirtschaftlich-politischem Gebiete zu entrollen.

Hierzu bemerken die „Mitteilungen der sächsischen Mittelstandsvereinigung“:

„Diese Auslassungen, die eingegeben sind von erster Sorge um die Zukunft, sind kennzeichnend für unsere innerpolitische Lage. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Mittelstandsmassen es gewesen sind, die den Umschwung in Sachsen herbeigeführt haben. Einerseits sind durch die Mittelstands-Bewegung der Sozialdemokratie die Mittelstände entzogen worden und andererseits hat der neue sächsische Minister des Innern, Graf Hohenthal, es verstanden, den verzweifeltsten und unzufriedensten Mittelstand mit neuem Vertrauen zur Regierung zu erfüllen. Ein starker Rückschlag wäre unvermeidlich, wenn für den Mittelstand nichts Durchgreifendes unternommen würde. Die Mittelstandsvereinigung würde in einem solchen Falle jedes Vertrauen in Mittelstandskreisen verlieren, wenn sie keine Opposition machen würde. Selbstverständlich wäre eine solche Entwicklung tief beklagenswert und wir wären schlimmer daran wie früher. Auch wir hoffen, daß Regierung und Ordnungsparteien es dahin nicht kommen lassen und daß sie durch Taten zeigen werden, daß der Mittelstand nicht umsonst auf die Hilfe der Regierung und der nationalen Parteien gehofft hat. Dann, aber auch nur dann, wird es möglich sein, die sozialdemokratische Gefahr auch in Zukunft erfolgreich abzuwehren.“

Russische Studenten vor Gericht.

Das Dresdener Schöffengericht hat sechs russische Studenten, die eine „Gruppe der Studenten aus Rußland“ gebildet hatten und unter dem Deckmantel einer „Lesehalle“ sich mit Politik und der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung in Rußland beschäftigt haben, freigesprochen, nachdem sie gegen die polizeilichen Strafbescheide über 75 Mk. die richterliche Entscheidung angetrieben hatten. Das Gerichtsurteil hat einigermaßen überrascht, da man bisher der Polizei zustimmte, weil diese die Studentenvereinigung seinerzeit aufgelöst hatte unter dem Verdachte der politischen Geheimtätigkeit und weil sich unter den Angeklagten auch fünf von jenen Studenten befanden, die wegen ihrer Betätigung zu Gunsten der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl ausweisungsbelegte gestellt erhielten.

Aus dem Reiche.

König Friedrich August in Lissabon.

Nach Beendigung des Besuchs von Marfa reiste König Friedrich August am Dienstag, begleitet vom König Carlos, nach Lissabon zurück. Darauf fand bei der Königin Maria Pia die Tafel statt, zu der der König Friedrich August und die gesamte königliche Familie geladen waren. Mittwoch unternahm der König einen Ausflug nach dem Südufer des Tago und hat an Bord der königlichen Yacht „Amelia“, die in Salvo vor Anker liegt, das Frühstück eingenommen. Der König wird noch die durch ihre Kunstidentifizierung bemerkenswerten Orte des Nordens sowie die Stadt Oporto besuchen und am Montag nach Madrid abreisen.

Der sächsische Mittelstand und seine Wünsche.

Das Organ des sächsischen Mittelstandsbundes, die „Nachrichten der Mittelstandsvereinigung im Rgr. Sachsen“ richten folgende Worte an Regierung und Ordnungsparteien:

„Der Mittelstand lebt zur Zeit in der zuversichtlichen Hoffnung, daß Landes- und Reichsregierung nun endlich durchgreifende Maßnahmen zur Binderung der großen Notlage der mittelständischen Berufsstände ergreifen werden. Dringend ist jedoch